

Pressestimmen zum Beschluss der Bundesregierung für ein Dokumentationszentrum über Flucht und Vertreibung

(für Zeitgeschichte-online zusammengestellt von Ainhoa Mingolarra,
Stand: 20.03.2008)

20.03.08 FAZ.NET

FAZ.NET

Zentrum über Flucht und Vertreibung. „Sichtbares Zeichen“ in Berlin

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E6FC539ED75594274BFB165E335245D81~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

19. März 2008 Nach jahrelangem Streit hat die Bundesregierung den Weg für den Aufbau eines Dokumentationszentrums über Flucht und Vertreibung in Berlin freigemacht. Die Ministerrunde beschloss am Mittwoch ein Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) zur Errichtung des „sichtbaren Zeichens“ in Berlin, „um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“.

Neumann bezeichnete den Beschluss als „herausragenden Schritt im Hinblick auf die Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils“ der deutschen und europäischen Geschichte. Damit sei es gelungen, das bisher strittigste und empfindlichste Thema zwischen Deutschland und Polen in eine bessere Verständigung und Versöhnung zwischen beiden Ländern einzubetten, sagte Neumann. Aufgabe des „Sichtbaren Zeichens“ sei es, die Erinnerung an „das Jahrhundert der Vertreibungen“ und des mit ihm verbundenen menschlichen Leids wachzuhalten. Mehr als 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sei es nun an der Zeit, an die Schicksale der Vertriebenen, darunter 12 bis 14 Millionen Deutsche, zu erinnern sowie Ursachen und Folgen aufzuarbeiten.

„Ort des Dialogs“

Als Standort des Vertriebenen-zentrums sind zwei Etagen im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof unweit des Potsdamer Platzes vorgesehen. Sie sollen in den nächsten Jahren für etwa 29 Millionen Euro umgebaut und eingerichtet werden. Die jährlichen Kosten werden bisher auf 2,4 Millionen Euro veranschlagt. Rechtsträger wird das Deutsche Historische Museum sein.

Im Mittelpunkt steht eine Dauerausstellung auf etwa 1.200 Quadratmetern zur historischen Dokumentation der Themen Flucht, Vertreibung und Integration vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart in Deutschland und Europa. Die Ausstellung wird auf der Schau „Flucht, Vertreibung und Integration“ des Bonner Hauses der Geschichte beruhen. Ein Schwerpunkt soll auf die Darstellung von Einzelschicksalen gelegt werden, welche die Geschichte verlebendigen und eine Identifikation mit den Opfern ermöglichen.

Flucht und Vertreibung der Deutschen werden einen Hauptakzent bilden. Außerdem sind begleitende Veranstaltungen, Publikationen und Wechsellausstellungen geplant. Beispielhaft wird die jahrhundertelange Geschichte deutscher Siedlungsgebiete im Osten, ihre Entwicklung und Kultur genannt. Auch ist ein Dokumentations- und Informationszentrum für wissenschaftliche Arbeiten vorgesehen. Schließlich soll das Zentrum als „Ort des Dialogs“ der Pflege internationaler Partnerschaften und generell der Verständigungspolitik der Bundesregierung dienen. Als nächster Schritt ist eine wissenschaftliche Konferenz über Flucht und Vertreibung mit internationaler Beteiligung vorgesehen.

Auch polnische Historiker beteiligt

Im Stiftungsrat der neuen Dokumentationsstätte sollen unter anderem Vertreter des Bundestages und der Bundesregierung arbeiten. Ferner ist eine „angemessene Gremienbeteiligung der deutschen Vertriebenen“ und anderer gesellschaftlicher Gruppen geplant. In einem wissenschaftlichen Beirat sollen auch ausländische Experten, insbesondere der europäischen Nachbarländer, mitwirken.

Polen hatte sich lange gegen ein solches Zentrum in Berlin gewendet, weil man den Versuch einer Relativierung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg befürchtet hatte. Mittlerweile hat Polen eingelenkt: Zwar wird weiter eine direkte Beteiligung abgelehnt, das Land will aber einer Einbindung polnischer Historiker nicht im Wege stehen. Die Warschauer Zeitung „Rzeczpospolita“ hat am Mittwoch die Beschlussvorlage Neumanns nebst Anlagen im vollen Wortlaut auf polnisch veröffentlicht.

„Was lange währt, wird endlich gut“

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat den Beschluss der Bundesregierung zur Einrichtung eines Dokumentationszentrums über Flucht und Vertreibung in Berlin als „wichtigen und längst überfälligen Schritt“ begrüßt. Ein bislang weißer Fleck in der Gedenkstättenlandschaft der Hauptstadt werde nun endlich bearbeitet. „Es ist ein schöner Tag und ein schönes Gefühl - was lange währt wird endlich gut“, sagte BdV-Präsidentin Erika Steinbach in Berlin.

Steinbach dankte besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kulturstaatsminister Neumann für deren Unterstützung. Neumann habe in den vergangenen Monaten „einen Stein nach dem anderen aus dem Weg geräumt, um den gemeinsamen Willen der Koalitionsregierung in die Tat umzusetzen“. Die vom BdV im Jahr 2000 gegründete Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, ohne die es die jetzige Entscheidung der Bundesregierung nach Ansicht Steinbachs nicht gegeben hätte, werde ihre Arbeit fortsetzen.

„Viele absurde Tabus“ gefallen

Auch die Sudetendeutschen begrüßten die Entscheidung. „Das ist ein wichtiger Durchbruch in der Vertriebenenpolitik“, erklärte der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, der EU-Parlamentarier Bernd Posselt (CSU), in München. Vom früheren Kanzler Gerhard Schröder (SPD) seien sie als Randgruppe abqualifiziert worden. Nun erhielten die Vertriebenen und ihre Nachkommen eine Dokumentationsstätte ihres Schicksals mitten in der Hauptstadt. „Nun müssen wir darauf achten, dass diese Initiative nicht verfälscht oder zweckentfremdet wird“, forderte Posselt.

Die Koalitionsparteien Union und SPD werteten den Kabinettsbeschluss jeweils als ihren Erfolg. CSU-Landesgruppengeschäftsführer Hartmut Koschyk sagte, „viele absurde Tabus“ seien gefallen. Das Interesse der Deutschen am Schicksal der Vertriebenen sei gestiegen. Der Vertriebenen- und Aussiedler-Experte Jochen-Konrad Fromme (CDU) erklärte, durch eine Einrichtung in staatlicher Trägerschaft werde eine Aufarbeitung der Geschichte im Sinne der Verständigung gewährleistet.

Kritische Stimmen

Die SPD erklärte, das Deutsche Historische Museum als Träger der künftigen Erinnerungsstätte garantiere dafür, dass es keine tendenziösen oder einseitigen Darstellungen geben werde. Im Vordergrund stehe der Versöhnungsgedanke, so die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Monika Griefahn. Es sei gelungen, an Flucht und Vertreibung so zu erinnern, dass die Beziehungen zu den Nachbarländern nicht belastet würden.

Die Grünen kritisierten, noch immer seien wesentliche Fragen zu dem Projekt nicht beantwortet, etwa welche Rolle der Bund der Vertriebenen spielen werde. Die Linkspartei verurteilte das Projekt als Geschichtsmanipulation. Deutsche würden als Opfer dargestellt. Die für das „Sichtbare Zeichen“ eingeplanten Gelder sollten in die Entschädigung der Opfer des Dritten Reiches gesteckt werden.

20.03.08 Der Tagesspiegel S.4

Schulz, Bernhard

Zeichen gegen Vertreibung in Berlin Erinnerungsstätte im „Deutschlandhaus“

<http://www.tagesspiegel.de/politik/divl;art771,2497866>

Berlin - Das Bundeskabinett hat das Konzept für ein „Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ in Gestalt einer Ausstellungs- und Dokumentationsstätte in Berlin beschlossen.

Das Kabinett erfüllte damit am Mittwoch den 20.03.2005 im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarten Auftrag, „im Geist der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen“ zu setzen, um „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern“.

Die Erinnerungsstätte in Form einer unselbstständigen Stiftung unter der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums (Berlin) soll auf rund 2000 Quadratmetern im Berliner „Deutschlandhaus“ an der Stresemannstraße eingerichtet werden. Nach Angaben von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) wird es dazu erst in der kommenden Legislaturperiode nach dem erforderlichen Umbau des Gebäudes kommen. Insgesamt werden 29 Millionen Euro für die Dokumentationsstätte veranschlagt. Deren Schwerpunkt soll eine Dauerpräsentation bilden, die sich an die Ausstellung des Bonner Hauses der Geschichte, „Flucht, Vertreibung, Integration“, anlehnt.

Neumann nannte die Verwirklichung des „Sichtbaren Zeichens“ das „politisch schwierigste Projekt, das ich zu verwirklichen habe“. Um das Vorhaben war in der Vergangenheit heftig gerungen worden. Der Bund der Vertriebenen hatte bereits im Jahr 2000 sein „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet und damit einen Führungsanspruch geltend gemacht, den insbesondere die SPD zurückwies. Die forderte stattdessen die Zustimmung Polens im Rahmen eines „Europäischen Netzwerks“. Erst der Wechsel der polnischen Regierung eröffnete die Aussicht auf Zustimmung des östlichen Nachbarlandes. Der gebürtige Westpreuße Neumann sieht es „als großen Erfolg an, durch fruchtbare Gespräche im Februar die Akzeptanz der polnischen Seite erreicht zu haben“. Die polnische Seite habe „akzeptiert, dass es sich um ein deutsches Projekt“ handle, sei aber bereit, im vorgesehenen Wissenschaftlichen Beirat mitzuarbeiten, zu dem auch Vertreter anderer osteuropäischer Länder „gewünscht“ seien. „Natürlich“ sei „das Interesse der Vertriebenen zu berücksichtigen“, doch „konnte es nicht der vom ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ konzipierte Ansatz sein“.

Mit dem Kabinettsbeschluss zeigen sich alle Beteiligten zufrieden. Der Bund der Vertriebenen reklamiert für sich, ohne seine Aktivitäten würde es die heutige Entscheidung nicht geben, während die SPD geltend macht, „bedeutende Punkte, für die die SPD jahrelang gekämpft“ habe, seien „in das Konzept eingeflossen“.

20.03.08 Der Tagesspiegel S.10

Schulz, Bernhard

„Zeichen gegen Vertreibung“. Gemeinsames Leid

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Vertreibungen;art141,2497803>

Wir Deutschen tun uns schwer mit der historischen Erinnerung - jedenfalls dann, wenn es um das eigene Schicksal geht. An das Etikett des "Tätervolks" haben wir uns gewöhnt. Dass unter lauter Tätern - oder eher deren Nachfahren - sehr wohl auch Opfer sein können, diese Einsicht jedoch teilen nicht alle.

Ob Bombenkrieg oder „Gustloff“-Untergang, stets wird erregt diskutiert, ob man „das denn dürfe“ – nämlich erinnern daran, dass Deutsche auch Opfer gewesen sind von Ereignissen, auch wenn deren Urheber ohne jeden Zweifel im Deutschen Reich saßen. So blieb auch die Erinnerung an die Vertreibung von rund zwölf Millionen Deutschen, Staatsbürgern wie „Volksdeutschen“, lange Zeit politisch unerwünscht. Erst die große Koalition setzte sich das Ziel, ein „Sichtbares Zeichen gegen Vertreibung“ zu setzen – und hat nun, dank kluger Diplomatie mit dem in dieser Frage wichtigsten und zu Recht empfindlichsten Nachbarn Polen, eine einvernehmliche Lösung erreicht. Es waren Deutsche – und Millionen anderer Europäer, die für Hitlers Verbrechen gleichermaßen mit dem Verlust ihrer Heimat bezahlen mussten. Ihrem Leid gilt die Erinnerung. Unsere Erinnerung.

20.03.08 **FR-online.de**

Kröter, Thomas

Dokumentationszentrum. Kabinett beschließt Museum zu Vertreibung

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?sid=a78d3db3751cff477604993792d2da75&em_cnt=1306539

Berlin. Nach langem Streit hat die Bundesregierung den Weg frei gemacht für ein "sichtbares Zeichen" zur Erinnerung an das Schicksal deutscher Vertriebener und der anderer Nationen im Europa des 20. Jahrhunderts. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) schätzt die Kosten zur Errichtung des Dokumentationszentrums, das am Mittwoch vom Kabinett beschlossen wurde, auf rund 29 Millionen Euro. Die Betriebskosten werden auf etwa 2,4 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse begrüßte die Entscheidung: "Die Einrichtung ist nicht das Projekt, das der Bund der Vertriebenen wollte", sagte der SPD-Politiker der FR. Vielmehr handele es sich um eine Einrichtung in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft: "Wir erinnern angemessen an das Schicksal der Vertriebenen und vermeiden jeglichen Verdacht, die Deutschen wollten sich von einem Volk der Täter zu einem Volk der Opfer stilisieren."

Auch Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, begrüßte die "wichtige und längst überfällige Entscheidung". Die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete hatte lange für ihre Idee geworben. Protest hatte es vor allem aus Polen gegeben. Dort befürchtete man, in dem Zentrum sollten die deutschen Kriegsverbrechen relativiert werden. Nach dem Regierungswechsel in Warschau hatte Kulturstaatsminister Neumann im Dialog mit dem Deutschlandbeauftragten Wladyslaw Bartoszewski erreicht, dass die polnische Regierung das Dokumentationszentrum auch offiziell nicht mehr als Affront versteht.

"Keine verengte Sicht"

Das Projekt soll in Verantwortung des deutschen Historischen Museums (DHM) realisiert werden. Dazu dessen Direktor Hanns Ottomeyer: "Unser Ziel ist es, eine Ausstellung im Kontext der europäischen Geschichte zu machen, den Fokus weit auf zu machen und keine auf das Schicksal der Deutschen verengte Sicht zu zeigen."

Im Kabinettsbeschluss heißt es, das Gedenken an Flucht und Vertreibung von zwölf bis 14 Millionen Deutschen werde "einen Hauptakzent bilden". Einzubeziehen seien aber auch "andere Flucht- und Vertreibungssituationen in Europa im 20. Jahrhundert, darunter auch jene, die von deutscher Seite veranlasst wurden".

Noch ist es nicht so weit. DHM-Chef Ottomeyer rechnet mit mindestens fünf Jahren. Das Dokumentationszentrum soll im "Deutschlandhaus" in der Nähe des früheren Anhalter Bahnhofs in Berlin angesiedelt sein. In diesem Bürogebäude war zeitweise die Vertretung des Bundes der Vertriebenen untergebracht. Die Einrichtung eines Museums erfordert umfangreiche Umbauten. Der Standort liegt in der Nähe des Potsdamer Platzes, aber abseits der Besucherströme zum Reichstag oder Holocaustmahnmal.

20.03.08 **Junge Freiheit**

Bundesregierung beschließt Vertriebenenzentrum

<http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5a4d5f0bd64.0.html>

BERLIN. Das Bundeskabinett hat heute die Errichtung eines „Sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung“ zur Erinnerung an das Schicksal der deutschen Vertriebenen beschlossen.

Der Entscheidung vorausgegangen war eine jahrelange Diskussion über das vom Bund der Vertriebenen (BdV) angeregte Zentrum gegen Vertreibungen. Gegen dieses Vorhaben hatten sich vor allem die Vertreiberstaaten Polen und Tschechien, aber auch die rot-grüne Bundesregierung ausgesprochen.

Das bereits im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vereinbarte „Sichtbare Zeichen“ gilt als Kompromißlösung zwischen dem vom BdV geplanten Vertriebenenzentrum und dem von Rot-Grün unterstützten Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität.

"Tröstliches Gefühl für die Erlebnisgeneration"

Nach Ansicht von BdV-Präsidentin Erika Steinbach wird mit der geplanten Dokumentationsstelle ein bislang weißer Fleck in der Gedenkstättenlandschaft der deutschen Hauptstadt endlich bearbeitet. Für die Erlebnisgeneration werde es am Ende ihres Lebens ein tröstliches Gefühl sein, „daß ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes hat“, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete.

Der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums, Hans Ottomeyer, dessen Haus das „Sichtbare Zeichen“ gestalten soll, hatte dagegen im Februar angekündigt, für eine europäische Ausrichtung der Ausstellung zu sorgen. „Unser Ziel ist es, eine Ausstellung im Kontext der europäischen Geschichte zu machen, den Fokus weit aufzumachen und keine über das Schicksal der Deutschen verengte Sicht zu zeigen“, sagte Ottomeyer gegenüber der Nachrichtenagentur AP.

Das „sichtbare Zeichen“ wird im Deutschlandhaus in der Nähe des Anhalter Bahnhofs in Berlin untergebracht. Für die Herrichtung des Gebäudes sind rund 29 Millionen Euro vorgesehen. Im Mittelpunkt wird eine Dauerausstellung stehen, die auf etwa 1.200 Quadratmetern die Themen Flucht, Vertreibung und Integration vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart in Deutschland und Europa aufarbeiten soll. Ein Schwerpunkt soll dabei auf die Darstellung von Einzelschicksalen gelegt werden. Auf weiteren 500 Quadratmetern sind Wechsellausstellungen geplant.

20.03.08 taz.de

Semler, Christian

Zeichen gegen Vertreibung in Sichtweite

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=in&dig=2008%2F03%2F20%2Fa0061&src=GI&cHash=9253674586>

Kabinettt billigt Pläne von Kulturminister Neumann für "Sichtbares Zeichen" gegen Flucht und Vertreibung in Berlin. Für das Projekt werden 29 Millionen Euro plus Betriebskosten avisiert. Personelle Besetzung und inhaltliche Ausgestaltung noch unklar.

Am Mittwoch winkte das Bundeskabinettt den Projektentwurf des Kulturstaatsministers Bernd Neumann (CDU) zum "Sichtbaren Zeichen" durch. Das ist der Startschuss für die konkrete Planung einer Erinnerungsstätte an Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg - unter der Regie des Bundes. Die Dauerausstellung soll im Berliner Deutschlandhaus gezeigt werden. Die Umbaumaßnahmen werden mit 29 Millionen Euro beziffert, die jährlichen Kosten mit 2,4 Millionen.

Entstehen wird eine unselbstständige Stiftung des Bundes, die an das Deutsche Historische Museum (DHM) andockt. Der Zusammenhang mit den DHM soll gewährleisten, dass das "Sichtbare Zeichen" den wissenschaftlichen Kriterien musealer Präsentation verpflichtet wird. Es wird zudem von den Beständen des DHM profitieren können.

Staatsminister Neumann hat betont, dass die Bonner Ausstellung zu Flucht und Vertreibung, die das "Haus der Geschichte" veranstaltet hat, Vorbild für die künftige Dauerausstellung sein werde. Damit ist eine inhaltliche Vorfeststellung getroffen, weil der historische Kontext des Vertriebenenschicksals durch die "Ankopplung" an die Bonner Ausstellung klargestellt wird. Von Seiten der Bundesregierung wurde wiederholt versichert, die historische Darstellung werde keinen Zweifel am Verhältnis von Ursache - der nazistischen Eroberungs- und Ausrottungspolitik - und Wirkung - Flucht und Vertreibung der Deutschen - aufkommen lassen. Die Bonner Ausstellung hatte die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Gesellschaft der beiden deutschen Staaten akzentuiert. Also ein museumspolitisch willkommenes Happy End.

Beim "Sichtbaren Zeichen" werden eine Dauerausstellung eingerichtet, ein Doku-Zentrum und Wechsellausstellungen, es werden Konferenzen abgehalten, Publikationen erstellt. Neumann hat erklärt, er wünsche die Beteiligung ostmitteleuropäischer Historiker. Die personelle Besetzung der Gremien ist noch unklar, weshalb eine Einschätzung der künftigen inhaltlichen Ausgestaltung des "Sichtbaren Zeichens" nicht möglich ist.

Der Projektentwurf sieht vor, dass neben Regierung und Parlament Vertreter der "Betroffenen" und weitere Institutionen an der Stiftung beteiligt sein werden. Diese Formulierung schließt den "Bund der Vertriebenen" (BdV) ein. Wer in den Gremium Platz nehmen wird, werden die genannten Institutionen entscheiden. Erika Steinbach als Vorsitzende des BdV hat erklärt, sie habe nicht die Absicht, neben ihrer Funktion im BdV den Posten einer Museumsdirektorin anzustreben. Damit ist die Frage ihrer Teilnahme am Kuratorium der Stiftung nicht beantwortet. Wie es auch unklar bleibt, was aus dem vom BdV gegründeten "Zentrum gegen Vertreibungen" und dessen Ausstellung "Erzwungene Wege" werden soll.

Die polnische Regierung unter Donald Tusk hat bereits beschlossen, sich am "Sichtbaren Zeichen" nicht zu beteiligen, hat es aber polnischen Wissenschaftlern freigestellt, am Projekt mitzuarbeiten. Neumann wünscht dies ausdrücklich. Allerdings haben von polnischer Seite bereits die meisten Fachwissenschaftler abgewinkt. Sie sehen nach wie vor die Kontextualisierung von Flucht und Vertreibung als nicht gegeben an und wenden sich auch gegen Berlin als Standort.

20.03.08 taz.de

Die Erinnerungsstätte für Vertriebene muss historisch kritisch sein. Jenseits des Opferkultes

Semler, Christian

[http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-
artikel/?ressort=me&dig=2008%2F03%2F20%2Fa0119&src=GI&cHash=60bf761e6b](http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=me&dig=2008%2F03%2F20%2Fa0119&src=GI&cHash=60bf761e6b)

Die kuriose Bezeichnung "Sichtbares Zeichen" entstammt dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD von 2005. "Sichtbar", also in Berlin angesiedelt, soll des Schicksals der Menschen gedacht werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat flüchten mussten oder vertrieben wurden. Damit übernahm die Regierung das Projekt "Zentrum gegen Vertreibungen" des Bundes der Vertriebenen (BdV), handelte sich allerdings auch die Probleme ein, die mit jeder gesonderten Vertriebenen-Erinnerungsstätte verbunden sind. Der Haupteinwand lautet: das Flucht- und Vertreibungsschicksal wird aus dem Kontext der nazistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik herausgelöst.

Hätte man dem BdV die Durchführung seines Vertreibungsprojekts überlassen, so wäre eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Opferkult und konkurrierende Opferansprüche angesagt gewesen. Es war ja stets unwahr, dass das Vertriebenenschicksal in Deutschland nur ein Kümmerdasein gehabt habe - und daher jetzt endlich den Vertriebenen Gerechtigkeit widerfahren müsse. Nach diesem Streit hätte kein Hahn mehr nach dem "Zentrum" des BdV gekräht.

Aber nein, Angela Merkel musste das Projekt unbedingt zur Staatssache machen. Und lieferte damit den Kaczynski-Zwillingen Munition frei Haus für ihre Propaganda gegen den deutschen „Geschichtsrevisionismus“. Dankenswerterweise hat die polnische Regierung den Umtrieben ihrer Vorgängerin im polnisch-deutschen Verhältnis ein Ende gesetzt und sich am „Sichtbaren Zeichen“ für desinteressiert erklärt.

Deshalb kann sich jetzt die Auseinandersetzung auf die Frage konzentrieren, wie aus einer misslichen Situation das Beste, nämlich eine unabhängige, historisch-kritische Einordnung und Bearbeitung des Vertreibungsthemas als Bestandteil der deutschen Geschichte ins Werk gesetzt werden kann. Der Ausgang des Unternehmens ist durchaus offen, vor allem wenn man bedenkt, wie schon bisher das Staatsministerium Neumanns massiven Einfluss auf die Gestaltung von Gedenkstätten zu nehmen versucht hat.

20.03.08 Berliner Zeitung online

Herold, Frank

Zeichen gegen Vertreibungen. Kabinett beschließt Erinnerungsstätte in Berlin / Beteiligung von BdV-Chefin Steinbach offen

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/print/politik/734428.html>

BERLIN. Die Bundesregierung hat gestern das Konzept für eine Erinnerungsstätte an Flucht und Vertreibung in Berlin beschlossen. Damit geht ein Jahre andauernder politischer Streit zu Ende, der auch das deutsch-polnische Verhältnis zeitweise stark belastete. Polen lehnte das Vorhaben lange grundsätzlich ab. Erst im Februar gab Warschau seinen Widerstand auf, schloss aber gleichzeitig eine direkte Beteiligung an dem Projekt aus.

Mit einem finanziellen Aufwand von rund 29 Millionen Euro soll nun im Deutschlandhaus in der Nähe des Anhalter Bahnhofs eine Dokumentationsstätte eingerichtet werden. Die jährlichen Kosten werden auf 2,4 Millionen Euro veranschlagt. Organisatorischer Rahmen ist eine Stiftung unter der Ägide des Deutschen Historischen Museums. Eine Vertriebenen-Ausstellung des Bonner Hauses der Geschichte, die vor zwei Jahren auch in Berlin zu sehen war, soll den Kern der ständigen Schau bilden.

"Ein gutes Konzept"

Geplant seien neben der Dauerausstellung auch Räumlichkeiten für Tagungen und Kongresse, informierte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg. Damit werde die Festlegung des Koalitionsvertrages von 2005, ein "sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung zu setzen", in angemessener und würdiger Form umgesetzt. Ob die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, in den Gremien der Institution spielen werde, ließ Steg offen.

Warschau hatte seinen Widerstand gegen eine Erinnerungsstätte an die Vertreibungen damit begründet, dass sich dahinter Versuche einer Relativierung deutscher Schuld am Zweiten Weltkrieg verbergen könnten. Steg betonte dagegen, das Projekt "steht in der Kontinuität der Verständigung und Aussöhnung" Deutschlands mit seinen Nachbarn. Er machte deutlich, dass die Bundesregierung ihre Einladung für eine Mitarbeit internationaler Experten aufrecht erhalte. Im Herbst solle es eine Konferenz zum Thema Flucht und Vertreibung in Berlin geben, informierte der Sprecher.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) begrüßte die Entscheidung des Kabinetts. "Ich halte das für ein gutes Konzept," sagte er der Berliner Zeitung. Es sei ausdrücklich nicht das vom BdV und dessen Präsidentin Erika Steinbach vorangetriebene Projekt eines "Zentrums gegen Vertreibungen", sondern finde in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft statt. Nunmehr werde sichergestellt, dass die Geschichte des Leids der Vertriebenen in den historischen Zusammenhang von Ursache und Wirkung gestellt werde, sagte Thierse. "Jeder Verdacht, Deutschland wolle sich in eine Opferrolle hineinbegeben, ist damit unbegründet", fügte er hinzu.

Zu einer Mitarbeit von BdV-Chefin Steinbach in den Gremien der künftigen Erinnerungsstätte sagte Thierse: "Es steht außer Diskussion, dass Vertreter der Vertriebenen in den Gremien mitarbeiten werden." Aber das Ansinnen des BdV habe in Polen heftige Abwehrreaktionen ausgelöst. "Es hängt nun von der Weisheit von Frau Steinbach ab, ob das Projekt der Bundesregierung gelingt oder ob es neue Misstöne gibt." Thierse hatte Aktivitäten der BdV-Chefin in der Vergangenheit scharf kritisiert und ihren Verzicht einer Mitarbeit in den Gremien des "Sichtbaren Zeichens" gefordert.

Der Unionspolitiker Jochen-Konrad-Fromme dringt darauf, das Konzept jetzt so schnell wie möglich umzusetzen. "Das Interesse der Bevölkerung an der Aufarbeitung dieses Kapitels ist derzeit außerordentlich groß, wie man beispielsweise an den Einschaltquoten für den Gustloff-Film sehen konnte", sagte der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in der Bundestagsfraktion der Union der Berliner Zeitung. Das jetzt vorliegende Konzept sei sehr gut, so Fromme, "weil sich in ihm die Vorstellungen aller Beteiligten wiederfinden und es weder zu innen- noch zu außenpolitischen Verwicklungen führt".

Die Vize-Chefin der SPD-Fraktion im Bundestag, Angelica Schwall-Düren begrüßte, dass das "Sichtbare Zeichen" den Versöhnungsgedanken in den Mittelpunkt stelle. "Es darf nicht um Aufrechnungen gehen, sondern das Gedenken an den Schrecken muss zum Ausgangspunkt für Versöhnung werden," sagte sie dieser Zeitung.

20.03.08 Frankfurter Rundschau S. 5

Kröter, Thomas

Kabinett beschließt Museum zu Vertreibung. Kulturstaatsminister Bernd Neumann stellt Konzept für Erinnerungsstätte in Berlin vor

20.03.08 Neues Deutschland S. 1

Agenturen/ND

„Zeichen gegen Vertreibung“

19.03.08 Spiegel online

als/dpa/ddp

Kabinett macht Weg für Vertriebenen-Zentrum frei

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,542442,00.html>

Die Bundesregierung hat den Bau der lange umstrittenen Gedenkstätte zur Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen. In einem Berliner Gebäude soll eine Dauerausstellung eingerichtet werden, die über das Schicksal der Millionen Menschen informieren soll.

Berlin - Das Kabinett hat den Weg für eine Erinnerungsstätte zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg freigemacht. Die Ministerrunde beschloss am Mittwoch ein Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) zur Errichtung des "sichtbaren Zeichens" in Berlin.

Die "Sichtbare Zeichen" soll in erster Linie aus einer Dauerausstellung im Deutschlandhaus nahe des Anhalter Bahnhofs bestehen. Rechtsträger wird das Deutsche Historische Museum (DHM) sein. Wegen massiver Vorbehalte aus Polen gab es in den vergangenen Monaten mehrere bilaterale Gespräche zu den deutschen Plänen. Polen hatte daraufhin seine Einwände aufgegeben, lehnt eine direkte Zusammenarbeit zu dem Thema aber weiterhin ab.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) fordert seit Jahren ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Union und SPD hatten sich im Koalitionsvertrag auf "Sichtbares Zeichen" zur Erinnerung an die Vertreibungen verständigt, die Bezeichnung "Zentrum" aber vermieden.

Neumann bezeichnete den Beschluss als "herausragenden Schritt im Hinblick auf die Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils" der deutschen und europäischen Geschichte. Mehr als 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sei es nun an der Zeit, an die Schicksale der Vertriebenen, darunter 12 bis 14 Millionen Deutsche, zu erinnern sowie Ursachen und Folgen aufzuarbeiten.

Der Bund der Vertriebenen begrüßte den Beschluss als "wichtigen und längst überfälligen Schritt". "Es ist ein schöner Tag und ein schönes Gefühl - was lange währt, wird endlich gut", sagte BdV-Präsidentin Erika Steinbach. "Jetzt ist der Weg frei für eine würdevolle Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationseinrichtung", heißt es in einer Erklärung der Organisation. Damit werde "ein weißer Fleck in der Gedenkstättenlandschaft der deutschen Hauptstadt endlich bearbeitet".

Für die Generation, die Flucht und Vertreibung noch erlebt habe, werde es "am Ende ihres Lebens ein tröstliches Gefühl sein, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen

festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes hat". Steinbach dankte besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel und Neumann für deren Unterstützung.

Neumann habe in den vergangenen Monaten "einen Stein nach dem anderen aus dem Weg geräumt, um den gemeinsamen Willen der Koalitionsregierung in die Tat umzusetzen". Die vom BdV im Jahr 2000 gegründete Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen", ohne die es die jetzige Entscheidung der Bundesregierung nach Ansicht Steinbachs nicht gegeben hätte, werde ihre Arbeit fortsetzen.

19.03.08 Spiegel Online

Weiland, Sverin (unter Mitarbeit von Sebastian Fischer)

Vertriebenen Ausstellung. Flucht und Vertreibung ziehen ins "Deutschlandhaus"

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,542362,00.html>

Ein "Zentrum gegen Vertreibungen": Das Projekt der CDU-Politikerin Erika Steinbach sorgte lange für Aufregung - vor allem in Polen. Nun beschloss die Bundesregierung eine Kompromisslösung, die von allen Seiten gelobt wird - und gleichzeitig neue Probleme schafft.

Berlin - Wolfgang Thierse zeigte sich zufrieden. Was jetzt von der Bundesregierung geplant werde, sagte er kürzlich, sei "ausdrücklich" nicht das Projekt des Bundes der Vertriebenen (BdV) und von Erika Steinbach. Jahrelang hatte der Bundestags-Vize-Präsident vehement gegen die Idee der BdV-Präsidentin gekämpft. Die CDU-Politikerin wollte ursprünglich mit ihrer Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin an die Flucht und Vertreibung von 12 bis 14 Millionen Deutschen erinnern.

Der Sozialdemokrat Thierse befürchtete, wie auch andere in seiner Partei, eine einseitige Ausrichtung auf das Leid der Deutschen. Er warb stattdessen für ein europäisches Netz an Erinnerungsstätten, vor allem mit Polen, Tschechien und Ungarn. Das war auch der Plan der damaligen rot-grünen Regierung.

Nun kommt es doch anders, aber sowohl Thierse wie auch Steinbach können zufrieden sein. Das Bundeskabinett beschloss an diesem Mittwoch, in der Hauptstadt ein "Sichtbares Zeichen" einzurichten, wie das umstrittene Projekt im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU genannt wurde.

Immerhin kann sich Steinbach zugute halten, mit ihrer Stiftung den Anstoß gegeben zu haben; auch hat sich ihre Beharrlichkeit ausgezahlt - mit tatkräftiger Hilfe der Kanzlerin und des Staatsministers für Kultur, Bernd Neumann, beide CDU. Letzterer hatte schließlich in Abstimmung mit Thierse und der SPD-Kulturpolitikerin Monika Griefahn das jetzige Konzept der Regierung mit ausgearbeitet. Auch hatte Neumann in Gesprächen mit Polen letzte Hürden beseitigt.

Es ist ein Kompromiss dabei herausgekommen, der wohl die Kritik im In - und Ausland weitgehend verstummen lassen dürfte: Das geplante Dokumentationszentrum wird an das Deutsche Historische Museum in Berlin angegliedert, das bereits im Sommer 2006 die vielbeachtete und gelobte Ausstellung "Flucht, Vertreibung und Integration" zeigte - ursprünglich konzipiert vom Bonner "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland".

Im Beirat der neuen Dokumentationsstelle werden auch polnische, ungarische und tschechische Historiker sitzen. Damit wird sichergestellt, dass auch das Schicksal der Vertreibungen anderer europäischer Staaten berücksichtigt wird. Eine Idee, die allerdings auch Steinbachs Projekt verfolgte: Die von ihrer Stiftung vor zwei Jahren gezeigte Ausstellung "Erzwungene Wege" hatte vor allem die Schicksale europäischer Nachbarstaaten beleuchtet und so vermieden, allein die deutsche Sicht zu zeigen. Die Kosten des nun vom Bund getragenen Projekts im "Deutschlandhaus" in Berlin werden auf 30 Millionen Euro geschätzt, der laufende Betrieb auf jährlich 2,4 Millionen Euro. Neben einer Dauerausstellung auf 1200 Quadratmetern ist eine weitere kleinere Fläche für Wechselaustellungen vorgesehen.

Erika Steinbach als Hassfigur - in Nazi-Uniform

Das Stiftungsprojekt Steinbachs, dem sich der verstorbene SPD-Bundesgeschäftsführer und Sohn von Sudetendeutschen, Peter Glotz, und zuletzt auch der von Vertriebenen abstammende ARD-Entertainer Harald Schmidt angeschlossen hatten, war von Anbeginn umstritten. Nicht nur hierzulande, sondern vor allem in Polen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete löste mit ihrem Vorstoß auch in liberalen und durchaus deutschfreundlichen Kreisen des Nachbarlandes Unmut und Unruhe aus.

Von Revisionismus war bald die Rede, von der Umdeutung der deutschen Geschichte. Steinbach wurde zum Symbol des "bösen Deutschen" schlechthin hochstilisiert. In einem Klima aggressiver und oft auch verzerrender Berichterstattung diente sie in Warschau vor allem als Hassfigur für national-konservative Kreise. Höhepunkt war der Titel des Magazins "Wprost", das sie in schwarzer Nazi-Uniform rittlings auf dem Rücken des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder abbildete. Als die Brüder Lech und Jaroslaw Kaczynski Staatspräsident und Regierungschef wurden, blieb die Tonlage anhaltend und dauernd schrill.

Erst die Abwahl des Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski im vergangenen Jahr machte den Weg frei für eine deutlich kühlere Betrachtungsweise. Gleich beim Antrittsbesuch des neuen Premiers Donald Tusk in Berlin im vergangenen Jahr hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch einmal herausgestrichen, dass das Projekt der Bundesregierung nicht die Absicht habe, Ursache und Folgen des Zweiten Weltkriegs "in irgendeiner Weise zu relativieren".

Die Besetzung des Aufsichtsgremiums bleibt umstritten

Wahrscheinlich dürfte in rechtsgerichteten Kreisen in Polen die Aufregung um Frau Steinbach noch einmal hochkochen, sollte der BdV entscheiden, wen es ins Aufsichtsgremium des Dokumentationszentrum entsendet. Hier sollen neben Vertretern der Bundesregierung, des Bundestags auch namentlich nicht genannte gesellschaftliche Gruppen vertreten sein. Am Mittwoch hieß es von Seiten der Regierung, in der Vorlage würden keine Institutionen genannt werden.

Damit bleibt zumindest offen, ob der BdV am Ende ins Gremium kommt. Bereits in den vergangenen Wochen hatte es auf Seiten der SPD Bedenken gegen Steinbach gegeben.

Steinbach war am Mittwoch verhindert und für eine Stellungnahme zunächst nicht zu erreichen. Gegenüber dpa sprach sie später von einer "längst überfälligen Entscheidung". Sie ging auch davon aus, dass sie in den Gremien des Zentrums mitarbeiten werde.

Die Generalsekretärin des Bundes der Vertriebenen, Michaela Hriberski, hatte zuvor zu SPIEGEL ONLINE gesagt, eine Entscheidung ihres Verbandes stehe noch aus und werde zu einem gegebenen Zeitpunkt mitgeteilt. Sie betonte aber ausdrücklich: "Wo wir in der Vergangenheit in Institutionen einen Platz angeboten bekamen, war es immer selbstverständlich, dass unsere Präsidentin oder früher unser Präsident entsandt wurde." In der SPD ist man weiterhin skeptisch, ob eine Entsendung Steinbachs hilfreich wäre. Aus der bayerischen SPD ließ heute deren Fraktionschef Franz Maget gegenüber SPIEGEL ONLINE verlauten: "Ich habe gelernt, dass die Person von Frau Steinbach bei unseren östlichen Nachbarn Irritationen auslöst. Das mag ungerecht sein, das ist aber so. Wenn ich ein Ziel erreichen will, dann würde ich nicht auf meinem Standpunkt beharren. Je mehr es mit Frau Steinbach verbunden ist, umso schwieriger wird es."

Am Rande von Kreuzberg beheimatet

Am vorgesehenen Standort wird die Dokumentationsstätte zwar kaum auffallen, ist aber verkehrstechnisch bestens durch S-Bahn und Busse angeschlossen. Steinbach hatte allerdings in der Vergangenheit exponiertere Standorte für ihr "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin gesucht. Sogar ein früherer Gasometer, der im Zweiten Weltkrieg einen Bunker beherbergte, war kurzzeitig im Gespräch - lag aber im tiefen Kreuzberg. Das "Deutschlandhaus" liegt zwar ebenfalls im selben Bezirk, ist aber nur einen halben Kilometer vom Postdamer Platz entfernt. Für die Vertriebenen ist es ein vertrautes Gebäude. Hier sitzt der Berliner Landesverband des BdV. Bis 1999 waren noch weitere Landsmannschaften vertreten, bis die rot-grüne Bundesregierung massiv die Gelder strich.

Neue Institutionen kamen hinzu - darunter eine, deren Anwesenheit daran erinnert, warum es 1944/45 und danach zur Vertreibung von Millionen Deutschen aus dem Osten kam: die Geschäftsstelle der Stiftung "Denkmal für die ermordeten Juden Europas".

19.03.08 Welt online

Graw, Ansgar

Einigung über Vertriebenen-Dokumentation. Konzept für "sichtbares Zeichen" steht - Steinbach kommt in Aufsichtsrat

http://www.welt.de/welt_print/article1816251/Einigung_ber_Vertriebenen-Dokumentation.html

Berlin - Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, wird nun doch an dem von der Bundesregierung geplanten "sichtbaren Zeichen gegen Flucht und Vertreibung" beteiligt. Das ergibt sich nach Informationen der WELT aus dem Konzept, das heute im Bundeskabinett verabschiedet werden soll. Im Herbst hatte unter anderem SPD-Vorstandsmitglied Wolfgang Thierse gefordert, die CDU-Abgeordnete Steinbach vom Projekt auszuschließen, um Kritiker in Polen zu besänftigen.

Nach dem nun vorliegenden Konzept ist der BdV, der über Jahre für das Projekt unter dem Titel "Zentrum gegen Vertreibungen" geworben hat, im aufsichtsführenden Gremium des "sichtbaren Zeichens" neben Vertretern der Bundesregierung, des Bundestags und - namentlich nicht genannter - weiterer gesellschaftlicher Gruppierungen vertreten. Den Vertriebenen wird dabei keinerlei personelle Vorgabe gemacht. BDV-Präsidiumsmitglied Helmut Sauer sagte dieser Zeitung, das Präsidium werde "sicher Steinbach in das Gremium entsenden", zu der er "keine Alternative sehe".

Neben dem Aufsichtsrat des Projekts, das als unselbstständige Stiftung dem Deutschen Historischen Museum (DHM) angegliedert werden soll, gibt es nach dem sechsseitigen Konzept einen wissenschaftlichen Beirat, in den auch Historiker aus Polen, Ungarn und Tschechien eingeladen werden.

Eigentlich hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Projekt schon im November durchs Kabinett bringen wollen. Intern gab es dann aber Einsprüche des Finanzministeriums gegen den Standort der Dokumentation, das bundeseigene Deutschlandhaus in der Stresemannstraße nahe dem Potsdamer Platz, und des Außenministeriums. Diese Einwände sind ausgeräumt.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hatte bei einem Besuch in Warschau im Februar auch letzte Vorbehalte Polens zerstreuen können. Warschau wird sich am "sichtbaren Zeichen" nicht beteiligen, akzeptiert jetzt aber das Vorhaben. Neumann hob hervor, "dass wir 63 Jahre nach dem Krieg Flucht und Vertreibung und die Integration von 13 Millionen Vertriebenen aufarbeiten und damit zugleich einen Beitrag zur Aussöhnung mit Polen leisten". In dem Konzept werden die NS-Gewaltherrschaft und der Zweite Weltkrieg als Voraussetzung für die Vertreibung und der europäische Kontext betont.

19.03.08 Welt online

Die Welt

Dokumentationszentrum über Vertreibungen beschlossen

<http://newsticker.welt.de/index.php?channel=pol&module=dpa&id=17251444>

Berlin (dpa) - Mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bekommt Deutschland ein Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung. Das Bundeskabinett stimmte am Mittwoch einem entsprechenden Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) zu.

Das Zentrum wird seinen Sitz in Berlin in der Nähe des Potsdamer Platzes haben. Gegen das vom Bund der Vertriebenen angestoßene Vorhaben hatte es jahrelangen heftigen

Widerstand vor allem aus Polen gegeben. Der Streit wurde erst Anfang Februar bei einem Besuch Neumanns in Warschau beigelegt.

Das als Bundesstiftung angelegte Projekt wird 29 Millionen Euro kosten. Für den laufenden Betrieb werden dann jährlich nochmals rund 2,4 Millionen Euro fällig. Kern wird eine Dauerausstellung im bereits bestehenden «Deutschlandhaus» sein. Außerdem sind Wechselausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen geplant. So soll noch in diesem Jahr eine internationale Historikerkonferenz stattfinden. Einen Termin für die Eröffnung gibt es noch nicht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte das im Koalitionsvertrag vereinbarte «Sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung» besonders unterstützt. Das Zentrum wird unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums angesiedelt. Es soll Erinnerung und Gedenken an das «Jahrhundert der Vertreibungen» und das damit verbundene tiefe menschliche Leid in Europa wachhalten und zur Versöhnung beitragen. Dabei sollen «der historische Kontext, Ursachen und Beweggründe von Flucht und Vertreibung differenziert dargestellt werden».

Geplant ist auch die Dokumentation von Einzelschicksalen der 12 bis 14 Millionen deutschen Vertriebenen sowie der Angehörigen anderer Völker, deren Vertreibung von deutscher Seite verursacht wurde - etwa der 1,5 Millionen Polen, die nach dem Krieg aus dem sowjetisch annektierten Ostpolen nach Westen geschickt wurden. Neumann sprach von einem wichtigen Schritt zur «Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils deutscher und europäischer Geschichte». Vize-Regierungssprecher Thomas Steg sagte, das Zentrum diene «der Aussöhnung und der Versöhnung bei der historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur».

Die Entscheidung der Bundesregierung stiess bei Politikern, Parteien und Verbänden überwiegend auf Zustimmung. Nur die Linke kritisierte, der Kabinettsbeschluss öffne «den Weg in staatlich subventionierten Geschichtsrevisionismus». Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, sprach von einer «längst überfälligen Entscheidung». Die CDU-Politikerin geht davon aus, dass sie auch in den Gremien des Zentrums mitarbeiten wird, wie sie der Deutschen Presse-Agentur dpa sagte.

Steg sagte auf die Frage, ob es eine deutsche Zusage an Polen gebe, dass an dem Dokumentationszentrum weder der Bund der Vertriebenen noch dessen Präsidentin beteiligt würden: «Mir ist von derartigen Zusagen nichts bekannt.» Es sei unstrittig, dass auch Vertreter der Vertriebenen in die Gremien entsandt werden sollen.

Für die Grünen-Fraktion ist dieser Punkt noch ungeklärt. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sagte der «Saarbrücker Zeitung» (Donnerstag): «Es hängt von der Weisheit von Frau Steinbach ab, ob das Projekt gelingt oder ob es weitere Misstöne gibt.» Der bayerische SPD-Fraktionschef Franz Maget sprach sich bei «Spiegel Online» gegen eine direkte Beteiligung Steinbachs aus. Sie löse noch immer «Irritationen bei unseren östlichen Nachbarn aus.» Die Bundesregierung erwartet im wissenschaftlichen Beirat auch die Mitarbeit ausländischer Experten besonders aus den europäischen Nachbarländern wie Polen, Ungarn und Tschechien.

19.03.08 Welt online

DPA/JT

Umstrittenes Vertriebenen-Zentrum kommt doch

http://www.welt.de/politik/article1818342/Umstrittenes_Vertriebenen-Zentrum_kommt_doch.html

Nach jahrelangen Verzögerungen beschloss das Bundeskabinett den Bau eines Dokumentationszentrums zu Flucht und Vertreibung. Besonders heftiger Widerstand gegen das 29 Millionen-Euro-Projekt kam aus dem Ausland: Polen bezeichnete das Zentrum zunächst als Affront – schickt nun aber Experten zur Mitarbeit.

Mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs bekommt Deutschland ein Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung. Das Bundeskabinett stimmte am Mittwoch einem entsprechenden Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) zu. Gegen das vom Bund der Vertriebenen initiierte Vorhaben hatte es jahrelangen heftigen Widerstand vor allem aus Polen gegeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte das im Koalitionsvertrag vereinbarte "sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung" aber besonders unterstützt.

Das Dokumentationszentrum wird unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums in Berlin angesiedelt. Es soll Erinnerung und Gedenken an das „Jahrhundert der Vertreibungen“ und das damit verbundene tiefe menschliche Leid in Europa wachhalten und zur Versöhnung beitragen. Dabei sollen „der historische Kontext, Ursachen und Beweggründe von Flucht und Vertreibung differenziert dargestellt werden“. Geplant ist auch die Dokumentation persönlicher Einzelschicksale der 12 bis 14 Millionen deutschen Vertriebenen sowie der Angehörigen anderer Völker, deren Vertreibung von deutscher Seite verursacht wurde - etwa der 1,5 Millionen Polen, die nach dem Krieg aus dem sowjetisch annektierten Ostpolen nach Westen geschickt wurden.

"Ausreichend dokumentiert" werden sollen dabei die nationalsozialistischen Verbrechen besonders in Polen und Tschechien, den anderen Ländern Ostmitteleuropas und der Sowjetunion, die Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg vorausgegangen waren. Aber auch die Jahrhunderte währende Siedlungs- und Kulturgeschichte der Deutschen in diesen Gebieten soll einbezogen werden.

Die Entscheidung war "längst überfällig"

Staatsminister Neumann sprach von einem wichtigen Schritt zur „Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils deutscher und europäischer Geschichte“ des 20. Jahrhunderts“. Das herausragende historische Gedenkprojekt sei eine der schwierigsten Aufgaben seiner Amtszeit. „Es war mir auch ein großes Anliegen, die Unstimmigkeiten mit unserem Nachbarn Polen in der Frage des Gedenkens an Flucht und Vertreibung beizulegen.“

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, begrüßte die „wichtige und längst überfällige Entscheidung“ für ein würdevolles Dokumentationszentrum. Das Schicksal der Vertriebenen erhalte „einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes“. Steinbach geht davon aus, dass sie auch in den Gremien des Zentrums mitarbeiten wird, wie sie der Deutschen Presse-Agentur dpa sagte. Für die Grünen- Fraktion im Bundestag ist dieser Punkt noch ungeklärt. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen des BdV bleibt laut Steinbach mit ihren Aktivitäten und Veranstaltungen unberührt, auch wenn jetzt kein eigenes Museum mehr nötig ist.

Die als Bundesstiftung angelegte Projekt wird 29 Millionen Euro kosten und jährlich weitere 2,4 Millionen Euro für den laufenden Betrieb. Kern wird eine Dauerausstellung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin sein. Außerdem sind Wechsellausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen geplant. So soll noch in diesem Jahr eine internationale Historikerkonferenz stattfinden.

Auch die Mitarbeit ausländischer Experten wird erwartet

In den Gremien des Dokumentationszentrums werden Vertreter der Bundesregierung, des Bundestages sowie der Vertriebenen und anderer Gruppen mitarbeiten. Die Bundesregierung erwartet im wissenschaftlichen Beirat auch die Mitarbeit ausländischer Experten besonders aus den europäischen Nachbarländern wie Polen, Ungarn und Tschechien. Noch bis vor kurzem hatte sich Polen heftig gegen das Zentrum gewehrt, weil befürchtet wurde, die Deutschen wollten die Verantwortung für die Vertreibungen relativieren.

Erst nach dem Regierungswechsel in Polen hatte ein Treffen Neumanns mit dem polnischen Deutschland-Beauftragten Wladyslaw Bartoszewski Anfang Februar in Warschau den Durchbruch gebracht: Polen geht nun von einer deutschen Angelegenheit aus und nicht mehr von einem Affront. Die SPD-Bundestagsfraktion hob hervor, das Dokumentationszentrum werde bei den Nachbarn keinen „Verdacht des Revanchismus“ hervorrufen.

Das Dokumentationszentrum wird im Deutschlandhaus unweit des Potsdamer Platzes in zwei Etagen etwa 2000 qm Nutzfläche beanspruchen können. Mit begleitenden Veranstaltungen soll hier ein „Ort der Begegnungen und des Dialogs“ entstehen. Bisherige Mieter wie die Stiftung des Holocaust-Denkmal oder die Bundeszentrale für politische Bildung werden in andere Räumlichkeiten umziehen.

19.03.08 mz-web.de (Mitteldeutsche Zeitung)

Das "Sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung" in Berlin

<http://www.mz->

[web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1205750547122&openMenu=1013016724320&calledPageId=1013016724320&listid=1018881578370](http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1205750547122&openMenu=1013016724320&calledPageId=1013016724320&listid=1018881578370)

Berlin/dpa. Das von der Bundesregierung am Mittwoch beschlossene Dokumentationszentrum über Flucht und Vertreibung in Berlin geht auf eine Koalitionsvereinbarung zurück. Darin heißt es, «im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten». Es ist eine staatliche Aufgabe und wird dem vom Bund getragenen Deutschen Historischen Museum in Berlin angegliedert.

Als Standort sind zwei Etagen im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof unweit des Potsdamer Platzes vorgesehen. Sie sollen in den nächsten Jahren für etwa 29 Millionen Euro umgebaut und eingerichtet werden. Die jährlichen Kosten werden bisher auf 2,4 Millionen Euro veranschlagt.

Im Mittelpunkt steht eine Dauerausstellung auf etwa 1200 Quadratmetern zur historischen Dokumentation der Themen Flucht, Vertreibung und Integration vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart in Deutschland und Europa. Ein Schwerpunkt soll auf die Darstellung von Einzelschicksalen gelegt werden. Flucht und Vertreibung der Deutschen werden einen Hauptakzent bilden. Außerdem sind begleitende Veranstaltungen, Publikationen und auf einer ergänzenden Fläche von etwa 500 Quadratmetern Wechselausstellungen geplant. Auch ist ein Dokumentations- und Informationszentrum auch für wissenschaftliche Arbeiten vorgesehen.

Im Stiftungsrat der neuen Dokumentationsstätte sollen unter anderem Vertreter des Bundestages und der Bundesregierung arbeiten. Ferner ist eine «angemessene Gremienbeteiligung der deutschen Vertriebenen» und anderer gesellschaftlicher Gruppen geplant. In einem wissenschaftlichen Beirat sollen auch ausländische Experten, insbesondere der europäischen Nachbarländer, mitwirken.

19.03.08 Südwest aktiv

Hartwig, Gunther

Thema Vertreibung: Zeichen der Vernunft

<http://www.suedwest->

[aktiv.de/landundwelt/themen_des_tages/3465516/artikel.php?SWAID=4cb71d43b3b396a30d3dd9ab8b2fa984](http://www.suedwest-aktiv.de/landundwelt/themen_des_tages/3465516/artikel.php?SWAID=4cb71d43b3b396a30d3dd9ab8b2fa984)

Berlin. Mit kollektiver Trauerarbeit und nationaler Erinnerungskultur tun sich die Deutschen seit jeher schwer. Das liegt nicht nur an der gewaltigen Last, die uns die Geschichte des 20. Jahrhunderts aufgebürdet hat, an zwei Weltkriegen und der Nazi-Diktatur, an der Verantwortung für Völkermord und Rassenwahn. Es kommt hinzu, dass alle unsere Anstrengungen, das gemeinsame Gedenken an die Vergangenheit in angemessener Form wach zu halten, von unseren europäischen Nachbarn und weltweit mit kritischem Blick betrachtet werden.

So war es nicht verwunderlich, dass die durchaus legitime Idee, ein Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung zu gründen, auf Skepsis und Widerstand stieß, vor allem in Polen und Tschechien. Die an dieser aufwühlenden Debatte auf beiden Seiten beteiligten Parteien

hätten es beinahe geschafft, das Projekt auf Dauer zu vereiteln. Doch am Ende haben sich die Vernünftigen durchgesetzt, in Warschau ein neuer Regierungschef und in Deutschland eine große Koalition, die den Einfluss der Vertriebenenverbände auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt hat.

Nun scheint sicher, dass jenes „sichtbare Zeichen“, das in den nächsten Jahren in Berlin entstehen soll, dem schmerzlichen Schicksal von Millionen Deutschen, die in den Wirren des Krieges ihre Heimat verlassen mussten, gerecht wird, ohne dabei Opfer gegeneinander aufzurechnen und Schuld zu relativieren. Es geht bei der Ausstellung um Gedenken und Aufklärung, nicht um Rechthaberei oder Verdrängung. Es wäre gut, wenn an dieser ernsthaften Absicht niemand mehr Zweifel sät, hüben wie drüben.

19.03.08 Der Tagesspiegel

tbe/dpa

Kabinettsbeschluss. Dokumentationszentrum für Vertriebene kommt

<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Doku-Zentrum-Vertreibungen;art122,2497506>

Berlin bekommt ein Dokumentationszentrum für Vertriebene. Es soll zum Erinnern und Gedenken an das "Jahrhundert der Vertreibungen" beitragen. Politiker begrüßen das Projekt, das im Deutschlandhaus umgesetzt werden soll.

BERLIN - Mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs bekommt Deutschland ein Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung. Das Bundeskabinett stimmte am Mittwoch einem entsprechenden Konzept von Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) zu. Gegen das vom Bund der Vertriebenen initiierte Vorhaben hatte es jahrelangen heftigen Widerstand vor allem aus Polen gegeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte das im Koalitionsvertrag vereinbarte "Sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung" aber besonders unterstützt.

Das Dokumentationszentrum wird unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums in Berlin angesiedelt. Es soll Erinnerung und Gedenken an das "Jahrhundert der Vertreibungen" und das damit verbundene tiefe menschliche Leid in Europa wachhalten und zur Versöhnung beitragen. Dabei sollen "der historische Kontext, Ursachen und Beweggründe von Flucht und Vertreibung differenziert dargestellt werden". Geplant ist auch die Dokumentation persönlicher Einzelschicksale der 12 bis 14 Millionen deutschen Vertriebenen sowie der Angehörigen anderer Völker, deren Vertreibung von deutscher Seite verursacht wurde - etwa der 1,5 Millionen Polen, die nach dem Krieg aus dem sowjetisch annektierten Ostpolen nach Westen geschickt wurden.

Neumann: Wichtiger Schritt zur Aufarbeitung

"Ausreichend dokumentiert" werden sollen dabei die nationalsozialistischen Verbrechen besonders in Polen und Tschechien, den anderen Ländern Ostmitteleuropas und der Sowjetunion, die Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg vorausgegangen waren. Aber auch die Jahrhunderte währende Siedlungs- und Kulturgeschichte der Deutschen in diesen Gebieten soll einbezogen werden.

Staatsminister Neumann sprach von einem wichtigen Schritt zur "Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils deutscher und europäischer Geschichte des 20. Jahrhunderts". Das herausragende historische Gedenkprojekt sei eine der schwierigsten Aufgaben seiner Amtszeit. "Es war mir auch ein großes Anliegen, die Unstimmigkeiten mit unserem Nachbarn Polen in der Frage des Gedenkens an Flucht und Vertreibung beizulegen."

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, begrüßte die "wichtige und längst überfällige Entscheidung" für ein würdevolles Dokumentationszentrum. Das Schicksal der Vertriebenen erhalte "einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes". Steinbach geht davon aus, dass sie auch in den Gremien des Zentrums mitarbeiten wird, wie sie sagte. Für die Grünen-Fraktion im Bundestag ist dieser Punkt noch ungeklärt. Die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" des

BdV bleibt laut Steinbach mit ihren Aktivitäten und Veranstaltungen unberührt, auch wenn jetzt kein eigenes Museum mehr nötig ist.

Polen hatte sich gegen das Zentrum gewehrt

Das als Bundesstiftung angelegte Projekt wird 29 Millionen Euro kosten und jährlich weitere 2,4 Millionen Euro für den laufenden Betrieb. Kern wird eine Dauerausstellung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin sein. Außerdem sind Wechsellausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen geplant. So soll noch in diesem Jahr eine internationale Historikerkonferenz stattfinden.

In den Gremien des Dokumentationszentrums werden Vertreter der Bundesregierung, des Bundestages sowie der Vertriebenen und anderer Gruppen mitarbeiten. Die Bundesregierung erwartet im wissenschaftlichen Beirat auch die Mitarbeit ausländischer Experten besonders aus den europäischen Nachbarländern wie Polen, Ungarn und Tschechien. Noch bis vor kurzem hatte sich Polen heftig gegen das Zentrum gewehrt, weil befürchtet wurde, die Deutschen wollten die Verantwortung für die Vertreibungen relativieren. Erst nach dem Regierungswechsel in Polen hatte ein Treffen Neumanns mit dem polnischen Deutschland-Beauftragten Wladyslaw Bartoszewski Anfang Februar in Warschau den Durchbruch gebracht: Polen geht nun von einer deutschen Angelegenheit aus und nicht mehr von einem Affront. Die SPD-Bundestagsfraktion hob hervor, das Dokumentationszentrum wird bei den Nachbarn keinen "Verdacht des Revanchismus" hervorrufen.

Das Dokumentationszentrum wird im Deutschlandhaus unweit des Potsdamer Platzes in zwei Etagen etwa 2000 qm Nutzfläche beanspruchen können. Mit begleitenden Veranstaltungen soll hier ein "Ort der Begegnungen und des Dialogs" entstehen. Bisherige Mieter wie die Stiftung des Holocaust-Denkmal oder die Bundeszentrale für politische Bildung werden in andere Räumlichkeiten umziehen.

19.03.08 WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

Onkelbach, Christopher

Flucht und Vertreibung - Ein kluger Kompromiss.

http://www.presseportal.de/pm/55903/1157934/westdeutsche_allgemeine_zeitung?search=vertreibung

Essen (ots) - Ein "Zentrum für die Vertreibung", am besten mitten in Berlin - das war der Plan der CDU-Politikerin Erika Steinbach, den sie jahrelang beharrlich verfolgte. Steinbach wollte damit an das Schicksal von mehr als zwölf Millionen Deutschen erinnern, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten. Die Sache war umstritten. Von Revisionismus war die Rede, von Aufrechnung, von Umdeutung deutscher Geschichte. Viele befürchteten nicht ganz zu Unrecht, dass ein solches Projekt, angestoßen und getragen vom "Bund der Vertriebenen", sich zu einseitig mit dem Leid der Deutschen befassen würde und die Ursache des Dramas, der von Deutschland begonnene verbrecherische Angriffskrieg, in den Hintergrund rücken würde.

Was nun entstehen soll, ist ein Kompromiss geworden. Und es ist keiner von der Art, die man eine Notlösung nennen muss, um alle Seiten irgendwie ins Boot zu holen. Es ist, wenn alles so kommt wie geplant, ein kluger Kompromiss.

Denn: Das Dokumentationszentrum wird nicht in exponierter Lage eingerichtet, sondern unauffällig am Rande von Kreuzberg. Es ist nicht das Projekt der Vertriebenenverbände, sondern findet unter staatlicher Hoheit statt. Es wird angegliedert an das Deutsche Historische Museum, das bereits im Sommer 2006 die viel gelobte Ausstellung "Flucht, Vertreibung und Integration" zeigte. Und im Beirat werden auch polnische, ungarische und tschechische Historiker sitzen, was garantiert, dass auch die Leiden anderer Nationen Beachtung finden.

Als Günter Grass im Jahr 2002 seine Novelle "Im Krebsgang" veröffentlichte und darin den Untergang der "Wilhelm Gustloff" zum Thema machte, wurde das Vertreibungsthema auch

für die Linke diskutabel. Denn Grass, ein ausgewiesener Linker, ein Intellektueller und das "Gewissen der Nation", war des Revisionismus unverdächtig. Auch dadurch kam Bewegung in den Streit um das Vertreibungszentrum. Gewiss, die Deutschen haben furchtbar gelitten, an der Front, in den Bombennächten, auf der Flucht. Wer dies durchgemacht hat, ist oft bis an sein Lebensende traumatisiert und vermutlich überfordert damit, die Leiden anderer noch schrecklicher zu finden.

Doch alles, was die Deutschen erleben mussten, ist nicht zu vergleichen mit dem, wie die Nazis mit ihren Opfern umgingen. Daher muss das geplante Dokumentationszentrum das schlimme Schicksal der Vertreibung sinnvoll in die Vorgeschichte einbetten und klarstellen, dass die Ursache für diese Katastrophe in Deutschland lag.

19.03.08 Berliner Zeitung online

ddp

"Zeichen" Gegen Vertreibung kommt - Kabinett macht weg für Erinnerungsstätte in Berlin frei - Vertriebene zufrieden

http://www.berlinonline.de/aktuelles/berlin/detail_ddp_2059396490.php

Mehr als sechs Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg wird in Berlin ein «sichtbares Zeichen» an Flucht und Vertreibung erinnern. Das Bundeskabinett billigte dafür am Mittwoch ein Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU). Gegen das Vorhaben hatte es jahrelang heftigen Widerstand vor allem aus Polen gegeben. Auch innerhalb Deutschlands war die Erinnerungsstätte heftig umstritten.

Das «sichtbare Zeichen» soll in erster Linie aus einer Dauerausstellung im Deutschlandhaus nahe dem Anhalter Bahnhof bestehen. Rechtsträger wird das Deutsche Historische Museum (DHM) sein. Die Baukosten belaufen sich nach Angaben der Bundesregierung auf knapp 30 Millionen Euro, der laufende Betrieb werde 2,4 Millionen Euro pro Jahr kosten. In den Gremien der Einrichtungen sollen Vertreter der Bundesregierung, des Bundestages, der Vertriebenen und anderer gesellschaftlicher Gruppen sitzen.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) fordert seit Jahren ein Zentrum gegen Vertreibungen in der Hauptstadt. Union und SPD hatten sich im Koalitionsvertrag auf ein «sichtbares Zeichen» zur Erinnerung an die Vertreibungen verständigt, die Bezeichnung «Zentrum» aber vermieden.

Neumann bezeichnete den Beschluss nun als «herausragenden Schritt im Hinblick auf die Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils» der deutschen und europäischen Geschichte. Mehr als 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sei es nun an der Zeit, an die Schicksale der Vertriebenen, darunter 12 bis 14 Millionen Deutsche, zu erinnern sowie Ursachen und Folgen aufzuarbeiten.

Wegen massiver Vorbehalte aus Polen hatte es in den vergangenen Monaten mehrere bilaterale Gespräche zu den Plänen gegeben. Warschau gab daraufhin seine Einwände auf, lehnt eine direkte Zusammenarbeit aber weiterhin ab.

Die BdV-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach begrüßte den Kabinettsbeschluss. Damit werde «ein bislang weißer Fleck in der Gedenkstättenlandschaft der deutschen Hauptstadt endlich bearbeitet.» Jetzt sei der Weg frei für «eine würdevolle Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationseinrichtung». Das hierfür vorgesehene Gebäude sei dafür sehr geeignet, die Anbindung an das Deutsche Historische Museum akzeptabel. Die Vertriebenen-Stiftung «Zentrum gegen Vertreibungen» werde unabhängig vom «Sichtbaren Zeichen» ihre eigene Arbeit fortsetzen.

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der Unions-Fraktion, Jochen-Konrad Fromme (CDU), sprach von einem «großen Erfolg von CDU und CSU». Das »sichtbare Zeichen« solle die Geschichte der Vertreibungen im 20. Jahrhundert im europäischen Kontext darstellen und ein Ort der Begegnung und Versöhnung werden.

SPD-Fraktionsvize Angelica Schwall-Düren und die sozialdemokratischen Abgeordneten Monika Griefahn und Markus Meckel betonten, in das Konzept seien «bedeutende Punkte»

eingeflossen, für die die SPD seit Jahren gekämpft habe. So werde die Stätte in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft errichtet. «Ausstellungen, die einseitig und tendenziös gestaltet sind, haben hier keinen Platz.»

Grünen-Kulturexpertin Katrin Göring-Eckardt bemängelte offene Fragen: "Welche Rolle werden der Bund der Vertriebenen und seine Vorsitzende Erika Steinbach im Rat der Stiftung spielen?». Linke-Innenexpertin Petra Pau sprach von einer «schlechten Entscheidung». Die Erinnerungsstätte bringe «mehr Verklärungsgefahren, als Erklärungschancen» mit sich.

(Quellen: Regierungssprecher in Berlin; alle anderen in Erklärungen)

19.03.08 Berliner Zeitung online

afp

Bundesregierung beschließt Doku-Zentrum zu Vertreibungen. Konzept von Kulturstaatsminister Neumann beschlossen

http://www.berlinonline.de/aktuelles/nachrichten/detail_afp_CNG.b0951076b45aa2db6c6fefbfa5051e9a.51.php

Die Bundesregierung hat die Weichen für die Errichtung eines Dokumentationszentrums zum Gedenken an die Vertriebenen gestellt. Nach AFP-Informationen beschloss das Kabinett ein Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU). Es sieht eine Dauerausstellung als "sichtbares Zeichen" vor. Sie soll schwerpunktmäßig an das Schicksal der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Deutschen erinnern. Das Dokumentationszentrum im Berliner "Deutschlandhaus" wird auf die Vertriebenen-Ausstellung im Bonner Haus der Geschichte aufbauen. Den organisatorischen Rahmen bildet eine Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums.

19.03.08 Zeit online

dpa

Umkämpftes Zeichen. Nach jahrelangem Streit mit Polen hat die Bundesregierung die Einrichtung eines Dokumentationszentrums zu Vertreibungen in Berlin beschlossen.

<http://www.zeit.de/online/2008/13/vertriebene-kabinett>

Das vom Bund der Vertriebenen initiierte und lange umkämpfte Zentrum wird nach der Entscheidung des Kabinetts dem vom Bund getragenen Deutschen Historischen Museum in Berlin angegliedert. Es soll über 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Erinnerung und das Gedenken an das "Jahrhundert der Vertreibungen" wachhalten und zur Versöhnung beitragen. Schwerpunkt wird eine Dauerausstellung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in der Hauptstadt sein.

Der Beschluss geht auf den Koalitionsvertrag zurück. Darin hatten Union und SPD vereinbart, in Berlin ein "sichtbares Zeichen" zur Erinnerung an das Unrecht der Vertreibungen zu setzen. Die genaue Ausgestaltung war aber lange Zeit nicht nur zwischen Berlin und Warschau, sondern auch innerhalb der Koalition umstritten. Polen hatte moniert, dass durch das Zentrum die Deutschen zu "Opfer" des Kriegs gemacht würden. Außerdem war die Regierung in Warschau gegen Berlin als Ort der Ausstellung.

Als Standort sind nun zwei Etagen im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof unweit des Potsdamer Platzes vorgesehen. Sie sollen in den nächsten Jahren für etwa 29 Millionen Euro umgebaut und eingerichtet werden. Die jährlichen Kosten werden bisher auf 2,4 Millionen Euro veranschlagt.

Im Mittelpunkt steht eine Dauerausstellung auf etwa 1200 Quadratmetern zur historischen Dokumentation der Themen Flucht, Vertreibung und Integration vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, und zwar sowohl in Deutschland als auch im übrigen Europa. Ein

Schwerpunkt soll auf die Darstellung von Einzelschicksalen gelegt werden. Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten werden einen Hauptakzent bilden. Außerdem sind begleitende Veranstaltungen, Publikationen und auf einer ergänzenden Fläche von etwa 500 Quadratmetern Wechselausstellungen geplant. Auch ist ein Dokumentations- und Informationszentrum für wissenschaftliche Arbeiten vorgesehen.

Im Stiftungsrat der neuen Dokumentationsstätte sollen Vertreter des Bundestages und der Bundesregierung sitzen. Ferner ist eine "angemessene Gremienbeteiligung der deutschen Vertriebenen" und anderer gesellschaftlicher Gruppen geplant. Unklar ist noch, ob auch die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, dem Gremium angehören wird. Dagegen hat sich die polnische Regierung scharf gewandt. In einem wissenschaftlichen Beirat sollen auch ausländische Experten, insbesondere der europäischen Nachbarländer, mitwirken.

Die BdV-Vorsitzende Steinbach, die das Zentrum selbst angeregt hatte, begrüßte den Kabinettsbeschluss als wichtigen und längst überfälligen Schritt. "Was lange währt wird endlich gut", sagte sie. In einer Erklärung des BdV hieß es: "Jetzt ist der Weg frei für eine würdevolle Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationseinrichtung". Damit werde "ein weißer Fleck in der Gedenkstättenlandschaft der deutschen Hauptstadt endlich bearbeitet". Für die Generation, die Flucht und Vertreibung noch erlebt habe, werde es "am Ende ihres Lebens ein tröstliches Gefühl sein, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes hat".

Steinbach dankte Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kulturstaatsminister Neumann für deren Unterstützung. Neumann hatte sich in den vergangenen Monaten mit der polnischen Regierung trotz verbliebener Differenzen auf die Einrichtung des Vertriebenen-Zentrums verständigt.